

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

25.4.1930 (No. 97)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsrueher-
Straße Nr. 14
Verantwortlicher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Kneub,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einjährig 32,50 RM, halbjährig 17,50 RM. — Einzelheft 1,25 RM. — Anzeigengebühr: 14 RM für 1 mm Höhe und ein Spaltenbreite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Prozentsatz gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrueher-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsverfügung, Kontoführung, Kontoführung, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Druckausgaben werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Gegen die deutschen Agrarzölle

Proteste aus Polen, Litauen und Österreich

Zum polnischen Protest wird aus Berlin mitgeteilt, daß entgegen Presseberichten der deutsche Gesandte in Warschau, Kaufherr, keinerlei Auftrag hat, mit Polen über diese Angelegenheiten zu verhandeln. Beide Parteien bedürfen auch gar keiner Erörterung, da es sich bewußt um abgeschlossene Tatsachen handelt, eine schriftliche Beantwortung der polnischen Note wird von Berlin aus selbstverständlich erfolgen. Wenn sie aber abgesandt wird, siehe noch nicht fest. Auch Litauen ist durch seinen Gesandten in Berlin vorstellig geworden und hat darauf hingewiesen, daß die Einbindung der neuen deutschen Zölle die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Litauen ungünstig beeinflussen müssen. In der Hauptsache hat der Gesandte sich über die Erhöhung der Schweinezölle beschwert. Ferner werden auch aus Österreich Beschwerden erhoben. Unter der Landwirtschaft des deutsch-österreichischen Grenzgebietes besteht große Unruhe. Die Erhöhung des Weizenzolls habe zahlreiche oberösterreichische und Vorarlberger Gemeinden schon jetzt hart getroffen, da sie dadurch ihre natürlichen Absatzgebiete in den benachbarten deutschen Ostschichten, z. B. Bafan und Einbau, verlieren. Das österreichische Außenamt habe bereits durch die Gesandtschaft in Berlin entsprechende Schritte unternommen.

Die ostdeutschen Landwirtschaftskammern haben an den Reichsernährungsminister ein Schreiben gerichtet, in dem auch dem Reichspräsidenten der Dank ausgesprochen wird, der durch seinen Brief an den Herrn Reichskanzler klar bekundet habe, daß er nicht gewillt sei, die deutsche und speziell auch die Landwirtschaft der Ostgebiete zugrunde gehen zu lassen.

W.A. Warschau, 25. April (Priv.-Tel.) Die Warschauer Handelskammer hat einstimmig eine Entschließung angenommen, die die polnische Regierung auffordert, die Ratifizierung des Handelsvertrages mit Deutschland erst dann vorzunehmen, wenn das durch die letzten deutschen Zollserhöhungen gestörte Gleichgewicht der gegenseitigen Konzessionen wiederhergestellt sei.

Erhaltung des Volksvermögens durch Feuerschutz und Brandverhütung

In früheren Zeiten ist durch große Brandkatastrophen, ja durch Niederbrennen ganzer Ortschaften, Städte oder Stadtteile, ungeheurer Schaden angerichtet worden. Der neuzeitlich ausgebauten Feuerschutz und das Feuerlöschwesen haben in Verbindung mit feuerficheren Baumweisen die Schädigungen des Volksvermögens durch Brände erheblich vermindert. Trotzdem muß der Sachschaden, der heute alljährlich in Deutschland durch Feuerbrände verursacht wird, auf mindestens 500 Millionen Reichsmark beziffert werden.

Zur Jahre 1929, das ein Katastrophenjahr in bezug auf Brandschäden war, ist diese Schadensziffer sogar weit überschritten worden. Ein Teil dieses Schadens ist freilich durch Versicherung gedeckt. Das bedeutet aber nur, daß der Eigentümer den Schaden nicht selbst zu tragen braucht, sondern daß ihn die Versicherungsgesellschaften, das heißt also gewissermaßen die Gesamtheit der Versicherten tragen muß. Wenn nämlich die von den Versicherungsgesellschaften auszubehaltenden Brandentschädigungen sehr hoch sind, so steigen die Versicherungsprämien, wodurch dann indirekt alle Versicherten zur Deckung der erhöhten Schäden herangezogen werden. Ein gut ausgebauter Feuerschutz und insbesondere ausgebildete, disziplinierte Feuerwehren, die mit den besten und modernsten Löschgeräten ausgerüstet sind, schaffen die denkbar größte Sicherheit gegen ein allzu starkes Anwachsen der Brandschäden. In den größeren Städten gibt es heute fast überall Berufsfeuerwehren oder freiwillige Feuerwehren von vorbildlicher Eüchtigkeit. In den Landgemeinden wird freilich der Feuerlöschdienst vielfach noch auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen durch Pflichtfeuerwehren ausgeübt. Da in diesen die Mitglieder von Jahr zu Jahr wechseln und deshalb nur geringe Erfahrungen im Gebrauch der Löschgeräte und in der Brandbekämpfung besitzen, so läßt hier der Feuerlöschdienst bisweilen manches zu wünschen übrig.

Wichtig ist auch, daß die Feuerlöschgeräte in allen Gemeinden dem Stande der heutigen Technik entsprechen, und vor allem, daß sie jederzeit gebrauchsfähig erhalten werden. Die kleinste Feuerwehre kann mit modernen Löschgeräten viel wirksamere Arbeit leisten als eine große mit veraltetem oder schlecht instand gehaltenem Feuerlöschmaterial. Für kleine und kleinste Gemeinden eignet sich besonders die Kleinmotorpumpe, vorausgesetzt, daß eine geeignete Person zur Bedienung dieses einfachen Motors vorhanden ist. Der Gedanke, durch Überlandmotorpumpen für ganze Bezirke die örtlichen Feuerlösch-Einrichtungen entschärfen zu machen, hat sich bis jetzt nicht bewährt. Je schneller und frühzeitiger beim Ausbruch eines Brandes die Feuerhilfe zur Stelle ist, desto besser.

Neben dem jederzeit bereiten, örtlichen Feuerschutz ist eine systematische Aufklärung der Allgemeinheit und namentlich der Jugend in den Schulen über Brandgefahren und Brandverhütung notwendig, wenn durch Verminderung der Brandschäden das Volksvermögen gesichert und geschützt werden soll.

Österreichische Auswanderung nach Frankreich. Die österreichische Regierung hat, wie die „Neue Freie Presse“ meldet, mit dem französischen Auswanderungskomitee ein Abkommen getroffen, wonach 15 000 österreichische Erdarbeiter in einem Zeitraum von drei Jahren nach Frankreich vermittelt werden sollen. Für die Auswanderung kommen nur Männer in Betracht. Die Mitnahme von Frauen ist ausgeschlossen.

Letzte Nachrichten

Von der Reparationskommission zur WJZ

Überleitung der Funktionen

W.B. Paris, 25. April. (Tel.) Das Ende der Reparationskommission steht bevor. Heute tritt im Außenministerium das im Schlussprotokoll der Haager Konferenz vorgesehene Sonderkomitee für die Überleitung der Funktionen der bestehenden Organismen des Dawesplans auf die Internationale Zahlungsbank zusammen. Es handelt sich darum, die juristischen, verwaltungstechnischen und finanziellen Bedingungen festzulegen, unter denen diese Überleitung vorgenommen werden wird. Das Sonderkomitee wird also die Aufgabe haben, erstens die Rechnungslegung des Generalagenten für die Reparationszahlungen während der Übergangsperiode vom 31. August 1930 bis 1. Mai 1930 zu billigen, zweitens die früheren Schuldverpflichtungen Deutschlands (Bonds A, B, C usw.) zu vernichten, drittens die Bestimmungen für den Übergang der Befugnisse der Reparationskommission auf die W.J.Z. festzusetzen.

Diese Arbeiten werden voraussichtlich eine oder zwei Wochen in Anspruch nehmen. Inzwischen wird, wie der „Egloffier“ ausführt, die Ratifizierung des Dawesplanes durch die noch ausstehenden Regierungen (England und Italien) es der W.J.Z. gestatten, offiziell in Tätigkeit zu treten und die Stelle der Reparationskommission für die Verwaltung der deutschen Schuld einzunehmen. Die Delegierten der Mächte in der Reparationskommission werden voraussichtlich Mitte Mai zu einer Volltagung zusammenzutreten, um die Auflösung der Reparationskommission zu beschließen und einen Liquidator zur Regelung der internen Fragen der Reparationskommission zu ernennen.

Der Vorstand der Deutschnationalen

Diktaturgewalt für Eugenbergr?

W.B. Berlin, 25. April (Tel.) Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei trat heute im Reichstag zu einer stark besuchten Tagung zusammen, nachdem schon von morgens 9 Uhr an verschiedene Gruppenstimmungen stattgefunden hatten. Nach Begrüßung durch den Parteivorstand hielt Dr. Eugenbergr ein eingehendes Referat über die Vorgänge seit der letzten Parteivorstandstagung.

Der Vorstand des Landesverbandes der Deutschnationalen, Potsdam II, hat mit 49 gegen 9 Stimmen beschlossen, den Parteivorstand um folgenden Beschluß zu ersuchen:

Im Falle notwendig werdender weltanschaulicher oder hochpolitischer Stellungnahmen der deutschnationalen Fraktionen im Reichstag und Preussischen Landtag durch Abstimmungen usw. gibt die Stimme des Parteiführers, falls Meinungsverschiedenheiten in der betreffenden Fraktion vorhanden sind, die endgültige Entscheidung. Auch gegen eine etwa festgesetzte Mehrheit von Stimmen in der Fraktion. An dem Recht des einzelnen Fraktionsmitgliedes im Falle anders gearteter Ansicht, bei der Abstimmung dann zu fehlen, wird durch diesen Beschluß der obersten Parteiführung nicht gerüttelt.

Der Beschluß wird begründet mit der tiefen Mißstimmung über die Abstimmung der Mehrheit der Fraktion zugunsten einer „Mittelbewilligung für das heutige System“ und mit der Sorge um die Erhaltung der Partei, die durch beratige Abstimmungen aufs schwerste gefährdet sei.

Der neue päpstliche Nunzius in Berlin

W.B. Berlin, 25. April. (Tel.) Der neue päpstliche Nunzius für Berlin, Cesare Orsenigo, traf heute vormittag 8.50 Uhr von Rom auf dem Potsdamer Bahnhof ein. Zu seiner Begrüßung hatten sich im Auftrage der Reichsregierung der Chef des Protokolls, Graf Lattenbach, und der Vizekonsul, Legationsrat Dr. Klec, eingefunden, weiter der Berliner Bischof, Dr. Schreiber.

50 Verletzte bei einer politischen Schlägerei

W.B. Atern (Kreis Sangerhausen), 25. April (Tel.) Im Anschluß an eine gestern abend hier abgehaltene Versammlung der Nationalsozialisten entwickelte sich zwischen diesen und Kommunisten eine schwere Schlägerei mit Biergläsern, Stöcken und Stühlen. Die Zahl der Verletzten beträgt auf beiden Seiten etwa 50. Ein Nationalsozialist wurde schwer verletzt.

Eine ukrainische Kampfgesellschaft in Polen

W.A. Warschau, 25. April (Priv.-Tel.) Nach Meldungen der polnischen Presse wurde in Lemberg neuerdings eine ukrainische Kampfgesellschaft aufgedeckt, die verschiedene Sprengstoffansätze vorbereitet hatte. Die Polizei verhaftete in Lemberg gestern 12 Personen, bei denen Handgranaten, Sprengstoffe und verbotene Druckschriften beschlagnahmt wurden. Aus den gefundenen Aufzeichnungen geht angeblich hervor, daß sie ein Attentat auf den Lemberger Sowjetkonsul planten.

Bevölkerungsstatistik in Italien. Nach einem Bericht des italienischen statistischen Zentralamts hatte Italien zu Ende des vergangenen Jahres eine Bevölkerung von 42 362 139 Seelen. Von diesen wohnten 853 000 im Ausland. Ende 1921 zählte Italien 38 769 798 Einwohner.

Wirtschaftliche Umschau

Die moderne Goldwährung: Goldfernwährung. — Um die Reform der Sozialversicherung

Die Deutsche Reichsbank hat nun die moderne Goldwährung, die Gold- oder Golddevisenwährung (Goldfernwährung) formell eingeführt. Dies ist durch den Youngplan notwendig geworden, der im Gegensatz zum Dawesplan in seinen für Deutschland entscheidenden Ziffern vollständig auf deutsche Währung, also auf Reichsmark abgestellt ist. Durch Beschluß des Direktoriums und des Generalrats der Reichsbank wurde der § 31 des Bankgesetzes in Kraft gesetzt. Er bestimmt, daß die Reichsbank verpflichtet ist, ihre Noten nach eigener Wahl entweder in Goldmünzen oder Goldbarren (1 Reichsmark = 1/2000 Kilogramm Feingold) oder in Schecks oder Auszahlungen ausländischer Währung in Höhe des in Gold umgerechneten Markwerts der betreffenden Währung einzulösen. Bis her war die Reichsbank zu einer solchen Einlösung nicht verpflichtet, da durch eine andere Bestimmung des Bankgesetzes (§ 52) der § 31 zunächst suspendiert war und erst in Kraft treten sollte, wenn ein übereinstimmender Beschluß des Reichsbankdirektoriums und des Generalrats darüber herbeigeführt würde. Die Reichsbank hat übrigens in Wirklichkeit seit Aufhebung des Devisenrepatriationssystems stets in jedem gewünschten Umfang Devisen zur Verfügung gestellt und mußte das auch im Interesse einer dauernden Stabilisierung der Währung. An Stelle des eigenen Ermessens und der freien Vereinbarung tritt jetzt die gesetzliche Pflicht.

Die Inkraftsetzung des § 31 hat also lediglich formellen Charakter, schon deshalb, weil kein freier Goldmünzenumlauf geschaffen wird, der jetzt übrigens auch nicht in den anderen Goldwährungsländern (auch nicht in England und Amerika) besteht. Man muß eben überall damit rechnen, daß — eine Folge der Inflationsjahre und der Unkenntnis in Währungsfragen — Samtererscheinungen auftreten, deren Folge eine volkswirtschaftlich schädliche und unrentable Festlegung beträchtlicher Kapitalien wäre, und die auch schließlich Krediteinrichtungen nach sich ziehen müßten. Außerdem werden Goldmünzen in Deutschland zur Zeit überhaupt nicht mehr geprägt. Aber auch von der Einlösung in Goldbarren muß aus dem gleichen Grund die Reichsbank Abstand nehmen, da deren Konsequenz der Ausprägungspflicht für private Rechnung wäre, wie sie vor dem Krieg bestand, Vorsichtsmaßregeln mit Rücksicht auf die gesamte Volkswirtschaft, die wie gesagt auch in den andern Ländern bestehen und dem Sinne der Goldfernwährung entsprechen. Die Goldeinlösung bleibt auf die internationale Goldarbitrage beschränkt, und es dürfen nicht weniger als 1000 RM und nicht mehr als 35 000 RM in Goldbarren eingelöst werden. In der Währungspolitik hat die Reichsbank schon bisher bei kritischen Situationen am Devisenmarkt die notwendigen Devisen und, wenn der Goldexportpunkt erreicht war, auch Gold abgegeben. Die praktische Wirkung des § 31 wird sein, daß die Reichsbank auf Verlangen lediglich Devisen abgibt, ähnlich wie das auch die Notenbanken der anderen Länder halten. Die rechtliche Sicherung der Besitzer von Reichsbanknoten vor den Gefahren einer Inflation wird somit dadurch gewährleistet, daß die Noten jederzeit in Golddevisen eingelöst werden und, wenn es die Devisenkurse erfordern, dem Ausland Gold in Barren abgegeben wird.

Die Forderungen auf Reform der Sozialversicherung werden nicht aufhören, denn es kann niemand behaupten, daß hier alles in bester Ordnung sei, und daß die Beseitigung von Mängeln in unseren sozialen Einrichtungen nicht der Gesamtheit zugute käme. Freilich sind die Ansichten darüber verschieden, wo Mängel vorliegen, und man wird nur zu einem dem deutschen Volk nützbaren Ergebnis kommen, wenn der erste Gesichtspunkt bei der Reformarbeit in den einzelnen Versicherungszweigen der des gerechten Ausgleichs ist, nicht nur zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sondern ebenso auch unter den Arbeitnehmern für sich.

Die kürzlich von der Vereinigung deutscher Arbeitgeber ausgearbeitete Denkschrift erkennt Wert und Notwendigkeit der Sozialversicherung ausdrücklich an und will auch ihre heutige Gliederung grundsätzlich aufrechterhalten. Die Arbeitgeber seien für loyale Zusammenarbeit, hätten aber dadurch auch die Mitverantwortung und ebenso das

Mit der Beilage: 54. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Recht zur Kritik. Zunächst wird die zweifellos berechnete Förderung erhoben, Umfang und Leistungen der Sozialversicherung den nationalwirtschaftlichen Notwendigkeiten anzupassen und dabei auf die Steigerung des Sozialertrags (von 2 Milliarden heutigen Geldwerts 1913 auf 6,3 Milliarden 1929), die ohne Rücksicht auf die Wirtschaftslage von Jahr zu Jahr erfolgte, hingewiesen. Dann werden neue Rechtsgrundlagen verlangt, die eine unberechtigte und schädliche Ausnutzung der Einrichtungen verhindern, eine Forderung, die sich auch mit den Interessen der ja gleichfalls beitragspflichtigen Versicherten deckt (in deren Kreisen dieser Gesichtspunkt im allgemeinen noch viel zu wenig Interesse findet). Im einzelnen bezeichnet die Arbeitgeberseite die Reform der Krankenversicherung als das Notwendigste und verlangt hier größere Anspannung des Selbstverantwortungsgefühls und der Selbsthilfe, durch stärkere Beteiligung der Versicherten an den Arznei- und Heilmittelfrühen, wangsweise Wartetage beim Krankengeldbezug, Einschränkung der Bagatellfälle, neue Verpflichtungen für die Ärzte bei der Untersuchung, Gleichberechtigung der Arbeitgeber bei der Verwaltung usw. Weiter beschäftigt sich die Denkschrift mit den übrigen Versicherungen und deren Vermögensanlage, insbesondere der schlechten Lage der Invalidenversicherung, und glaubt, daß eine Sanierung ohne Verletzung berechtigter sozialer Interessen möglich sei.

Die Entgegnungen von Arbeitnehmerseite sind bisher überwiegend ablehnend, was darin begründet ist, daß diese Organisationen vornehmlich den Standpunkt der Leistungsschwächeren, in der Mehrzahl befindlichen Arbeitnehmer vertreten, dessen Berücksichtigung allerdings gerade das Kernproblem ist. Daneben und dagegen stehen jedoch auch die ebenso wichtigen Probleme, praktisch und tatsächlich von gleicher Bedeutung, Beiträge und Leistungen der Wirtschaftskraft des deutschen Volkes anzupassen und außerdem auch unter den Arbeitnehmern eine ungerechte „soziale Besteuerung“ zu vermeiden. Wenn das Organ der deutschen Krankenkassen zugibt, daß bei den meisten Klassen die Beiträge in den niedrigen Lohnstufen nicht ausreichen, um auch nur die Kosten der Sachleistungen der Krankenkassen zu decken, und daß deshalb die meisten Klassen sich aus den Beiträgen der höher entlohnten Versicherten finanzieren, die außerdem — wie gleichfalls zugegeben wird — gerade am wenigsten die Kosten in Anspruch nehmen, so liegt hier die tatsächliche Feststellung einer sozialen Ungerechtigkeit, eines Mißverhältnisses zwischen Leistung und Gegenleistung bei verschiedenen Arbeitnehmerkategorien und der sozialen Besteuerung eines Teils der Arbeitnehmer vor. Bemerkenswerterweise erhebt aber das Krankenkassenorgan nicht die Forderung, durch geeignete Maßnahmen einen Ausgleich zwischen Leistung und Gegenleistung herbeizuführen, sondern verlangt im Gegenteil eine weitere Heranziehung der schon an und für sich benachteiligten Arbeitnehmer (natürlich auch der Arbeitgeber mit entsprechenden Beiträgen), um weitere Leistungserhöhungen für die weniger Leistungsfähigen zu ermöglichen. Ähnliche Forderungen, die eine Überspannung des sozialen Gedankens darstellen, werden ja übrigens auch auf dem Gebiet der Invalidenversicherung und der Angestelltenversicherung erhoben.

So geht es natürlich nicht, und so kann man auch nicht zu den aus volkswirtschaftlichen Gründen notwendigen Reformen kommen. Die Vorschläge, generell einen Sparzwang an Stelle der Sozialversicherung zu setzen, werden

Das Lichtbild im Unterricht unserer Schulen

Am Donnerstag hat der im Amtsblatt des Ministeriums des Kultus und Unterrichts bekanntgegebene Lehrgang der „Bild- und Filmarbeitsgemeinschaft Oberhessen E. V. in Oberwilt“ in der Lehrerbildungsanstalt in Karlshöhe begonnen.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft, Hauptlehrer Malzacher (Oberwilt), sprach Herr Dr. Scharfshmidt vom Realgymnasium Waldshut in einem zweistündigen Vortrag, der mit Lichtbildern erläutert wurde, über die „Elektrischen Anlagen im Betrieb des Schullichtspiels“. Der Redner verstand es vorzüglich, seinen Hörern in kurzen Zügen auf leichtverständliche Art die zur Behandlung und Bedienung von Lichtbild- und Filmapparaten notwendigen Voraussetzungen der elektrophysikalischen Grundgesetze klarzumachen.

Anschließend gab Hauptlehrer Malzacher einen kurzen Rückblick auf die Geschichte des Lehrfilmwesens in Deutschland, wobei er sich auf die Schilderung der heutigen Verhältnisse in einzelnen Ländern, in welchen der Lehrfilm besondere Pflege und Förderung von amtlichen Stellen erfährt, beschränkte. Zum Schluß wies der Vortragende auf die Großorganisation hin, die führend und bahnbrechend auf dem Gebiete des Lehrfilmwesens seit einer Reihe von Jahren die größte und bedeutendste Arbeit geleistet hat und noch leistet — auf den Deutschen Lichtspielbund, ferner auf die internationale Lehrfilmkommission, und streifte die Verhältnisse in Sowjetrußland, Italien, Frankreich u. a.

Der Nachmittag des ersten Arbeitstages wurde zu praktischen Vorführrübungen an Lichtbild- und Filmapparaten der verschiedensten Systeme und Hersteller benutzt.

Ein badischer Gelehrter zum japanischen Ehrendoktor ernannt. Der ordentliche Professor der Philosophie an der Universität Erlangen, Dr. Eugen Herrigel, ist von der Kaiserlichen Tokoku-Universität in Sendai (Japan) zum „Dunkaku-Dokushi“, d. h. Ehrendoktor der Philosophie, ernannt worden. Der Gelehrte, ein Sohn des früheren Oberlehrers H. Herrigel in Heidelberg, hatte zuerst dem Lehrkörper der Universität Heidelberg angehört und dann sechs Jahre lang bis Herbst 1929 an der Universität Sendai gewirkt. Er ist der vierte Ausländer, dem diese japanische Ehre zuteil geworden ist und überhaupt der erste Ehrendoktor, den die Universität Sendai ernannt hat. Von deutschen Gelehrten war bisher nur dem Professor Dr. Karl Florenz an der Universität Tokio für seine großen Verdienste auf dem Gebiete der Erforschung der japanischen Literatur 1899 die Würde eines japanischen Ehrendoktors verliehen worden.

sich nicht verwirklichen lassen, da der Hauptzweck der Versicherung, den besonders, auch unschuldig vom Mißgeschick Betroffenen zu helfen, dadurch nicht erfüllt würde. Man müßte aber trotzdem nach Regelungen suchen, die das Selbstverantwortungsgefühl der Versicherten steigern und diejenigen, die es zeigen, auch belohnen. Eine große private Krankenversicherung hat ein derartiges als Mittelweg zwischen Sparzwang und Versicherung zu bezeichnendes System seit Jahren eingeführt, das sich anscheinend auch bisher bewährt hat. Diejenigen, welche die Versicherung während eines Rechnungsjahres nicht in Anspruch nehmen, erhalten nach einigen Monaten, sobald sich jeweils die Kassenlage übersehen läßt, einen bestimmten, nach Maßgabe dieser Kassenlage und des Gesamtrisiko möglichen Teil der geleisteten Beiträge gutgeschrieben. Der Zweck dieses Verfahrens ist es, die Inanspruchnahme der Kasse bei Bagatellfällen zu verhindern, und tatsächlich kommt diese Kasse trotz ihrer beträchtlichen Guthabens an die Versicherten mit wesentlich geringeren Beiträgen als die öffentlichen (etwa 7 Proz. des Arbeitslohnes in Anspruch nehmenden!) Kassen aus. Aufgabe der Versicherungstechniker und Mathematiker wäre es, zu untersuchen, ob ein ähnliches System nicht auch für die öffentliche Krankenversicherung möglich wäre, und ob nicht auch der an sich zweifellos ausgezeichnete Spargedanke in den öffentlichen Versorgungsversicherungen der Invaliden- und Angestelltenversicherung doch stärker betont werden könnte.

Die Wahl Dr. Gülles in Basel

In der deutschen Presse ist die Meinung aufgetaucht, daß der zum stellvertretenden Generaldirektor der BZB gewählte Reichsbankdirektor Dr. Gülle (nicht Gulze) ein in Bank- und Wirtschaftskreisen unbekannter Mann sei. Diese Auffassung trifft — wie in Berlin erklärt wird — nicht zu. Dr. Gülle ist vielmehr in deutschen Bank- und Wirtschaftskreisen sehr bekannt und geschätzt. Er hat daselbst Referat in der Reichsbank innegehabt wie Quaesnach bei der Bank von Frankreich. Daß er vielleicht international nicht so bekannt ist wie Quaesnach mag darauf zurückzuführen sein, daß Quaesnach öfters mit internationalen Missionen betraut war und dabei oft im internationalen Meinungsstreit gestanden hat. Er hat dem Young-Ausschuß angehört, war an dem Sanierungsprogramm für Österreich beteiligt und war mit einer ganzen Reihe von internationalen Missionen betraut.

Damit soll aber nicht gesagt werden, daß Deutschland mit dem Resultat der Wahl Quaesnachs durch die Wahl zufriedengeht. Es muß nach wie vor das Bedauern ausgesprochen werden, daß der Argumentation gegen die Wahl Quaesnachs nicht Rechnung getragen und den deutschen Wünschen nicht so entsprochen worden ist, wie Deutschland es hätte verlangen können.

Kommunistische Pläne

Die lettlandische politische Polizei nahm in den letzten Tagen in Riga, Libau und anderen Städten Lettlands zahlreiche Verhaftungen von Kommunisten vor. Es gelang ihr, in einem Rigaer Kommunistenquartier vier Emissäre der Moskauer Internationale festzunehmen, die vor einigen Monaten mit falschen Pässen aus Rußland gekommen waren. Der Zeitung „Laisiv“ zufolge hatten die Emissäre diktatorische Vollmachten, und selbst die geheimen Spitzenorganisationen der Rigaer Kommunisten waren ihnen unterstellt. Aus den beschlagnahmten Schriftstücken geht, wie das Blatt weiter berichtet, hervor, daß die kommunistische Internationale einen „Fünfjahresplan zur Vorbereitung der Weltrevolution“ nach dem Vorbild des russischen Wirtschaftsplanes aufgestellt hat, der bis 1932 durchgeführt werden soll. Emissäre mit den gleichen Aufträgen sollen nach allen Ländern entsandt worden sein.

Der 1. Mai. Zur Meldung, daß die sächsische Regierung sich infolge der Vorkommnisse von Leipzig an das Reichsinnenministerium mit dem Ersuchen gewandt habe, das Demonstrierungsverbot für den 1. Mai auszusprechen, wird aus dem Reichsinnenministerium mitgeteilt, daß ein solches Ersuchen nicht eingetroffen sei.

Die historischen Konzerte im Bruchsaler Schloß wurden für dieses Jahr auf 16., 17. und 18. Juni festgesetzt. Wiederum bietet die Vortragsfolge eine Auswahl wertvoller Gaben aus der Musik des Rokoko; wieder sind es zu Unrecht vergessene Kompositionen jener farben- und formreichen Zeit, deren Partituren im Archiv der Grafen von Schönborn zu Wiesentheid begabten waren und nun wieder zu neuem Klängen Leben erweckt werden. Die Namen Giuseppe Mattes Alberti, Ignazio Conti, Giovanni Klatt, Franz Anton Hoffmeister, Pierre Alexandre Konig, Nicola Piccini, Leopold Kozeluch stehen auf dem Programm des Konzertes, das Joseph Haydn mit einer ungedruckten Symphonie abschließen wird. Die Veranstaltung wird wiederum im Festsaal des Schloßes stattfinden; der dadurch bestimmte Barockstil wird weiterhin durch die Raumbeleuchtung und durch historische Kostüme der Mitwirkenden betont.

75-Jahr-Feier bei Scheffels „Trompeter von Säckingen“. Anlässlich der 75. Wiederkehr von Scheffels „Trompeter von Säckingen“ wird die Stadtgemeinde Säckingen in der ersten Pfingstwoche größere Festlichkeiten veranstalten. Die Scheffels-Gemeinde Groß-Suttart wird an den Festlichkeiten teilnehmen. Zu den Festlichkeiten haben ihr Erscheinen zugesagt u. a. der rheinische Dichter Kurt Janßen in Köln, Apotheker Uhlend in Waldenbuch, der letzte Nachkomme Uhlends, und, falls es die Gesundheitsverhältnisse gestatten, die Bindenwirtin am Rhein, das Anwesen von Godesberg.

Die Reichskleinodien kommen nach Speyer. Anlässlich der Jubiläumsschmückungen sollen die alten historischen Insignien des Hl. Römischen Reiches Deutscher Nation herübergehend nach Speyer gebracht und bei den Kaisergräbern aufgestellt werden. Es handelt sich um die Krone Konrads II., des Gründers des Speyerer Domes, und das Schwert Karl des Großen, das Reichskreuz und das Reichsevangeliar. Lange Zeit wurden die Reichskleinodien auf dem Trifels aufbewahrt und kamen von dort aus nach Nürnberg. Heute befinden sie sich in der Hofburg zu Wien.

Jubiläum des pfälzischen Landestheaters. Das Landestheater für Pfalz und Saarland beging zu Speyer in festlichem Rahmen das Jubiläum der 5000. Vorstellung während des nun bald zehnjährigen Bestehens der Wanderbühne.

Auszeichnung Dr. Otto Liebmanns. Der Herausgeber der Deutschen Juristenzeitung, Dr. jur. h. c. Otto Liebmann, ein geborener Mainzer, wurde zu seinem 65. Geburtstag von der Philosophischen Fakultät der heftigsten Landesuniversität Gießen zum Dr. rer. pol. h. c. ernannt.

Die Einwanderung nach Amerika

Der Kampf im Senat

Der amerikanische Senat hatte am Donnerstag bei der Beratung des Gesetzentwurfes über die Herabsetzung der Zahl der Einwanderer aus Europa zunächst für eine Einschränkung der Einwanderung von 150 000 Personen auf 80 000 im Jahre gestimmt. Kurz darauf nahm der Senat jedoch mit 37 gegen 36 Stimmen einen Antrag des Senators Swanson an, durch den er einen früheren Beschluß umstieß und die Aufhebung der nationalen Abstammungsklausel wieder strich. Darauf brachte Senator Norbeck sofort eine Sondervorlage ein, wonach die obige Basis für die Einwanderung aus Europa aufgehoben werden soll, da diese, wie er erklärte, Deutschland und Skandinavien benachteilige.

Neuaufrollung des Falles Gajda

Vor dem Obersten Verwaltungsgericht in Prag begann die Verhandlung über die Beschwerde des ehemaligen tschechoslowakischen Generalstabschefs Gajda gegen die Entscheidung der Oberkriminalabteilung beim Ministerium für nationale Verteidigung, durch die der damalige Generalstabschef zum gemeinen Soldaten degradiert und in den Ruhestand versetzt worden war. Beim Verfahren vor der Disziplinarcommission wurde Gajda u. a. beschuldigt, sich um Aufnahme in den Sowjetdienst beworben und Geheimnisse, die er in der Generalstabschule in Paris erfahren hatte, den Sowjets ausgeteilt zu haben. Die jetzige Verhandlung, zu der Gajda persönlich erschienen ist, dürfte vier Tage dauern.

Die Unruhen in Indien

W.D. London, 25. April. (Tel.) Die Blätter melden aus Lahore: Gestern trafen Meldungen ein, wonach feindliche Stämme von Kohat her nach Peshawar unterwegs seien, um die Stadt zu plündern. Flugzeuge und Panzerwagen wurden alsbald abgefordert. Sie fanden, daß die Telegraphenleitungen an verschiedenen Stellen zerschnitten und die Brücken verbarrikadiert waren, konnten aber keine Spur von den Stämmen entdecken. Es wird angenommen, daß die Stämme glauften, Peshawar sei in den Händen der Aufständischen, und daß sie umkehrten, als sie erfuhren, daß die britischen Truppen die Stadt halten.

Die „Times“ berichtet aus Bombay: In Peshawar ist eine amtliche Verfügung erlassen worden, durch die allen Europäern der Zutritt zur Stadt verboten wird, außer wenn sie dienstlich dort zu tun haben. Die Unruhen wurden durch ein Bataillon britischer Infanterie, Gurkhas und eine Kompanie Panzerwagen unterdrückt. In den Eingeborenenquartieren sind die britischen Truppen jetzt von Gurkhas abgelöst worden.

Der 50prozentige Vermahlungszwang für Inlandweizen soll auch für den Monat Mai aufrechterhalten werden.

Der Danziger Senatspräsident Dr. Sahm ist zu einem mehrtägigen Besuch in Wien eingetroffen. Er wohnt der Eröffnung der heute, Freitag, vom Deutschen Auslandsinstitut veranstalteten Danzig-Ausstellung bei.

Ein Unfall des Lloyd dampfers „Bremen“

W.D. London, 25. April. (Tel.) Der englische Dampfer „British Grenadier“ ist gestern vormittag mit dem Lloyd-Dampfer „Bremen“ bei Dungeness im dichten Nebel zusammengefahren. Das englische Schiff wurde schwer beschädigt, konnte sich jedoch nach dem nächsten Hafen, Deal, begeben.

Die „Bremen“ fuhr — wie vom Kapitän der englischen Presse mitgeteilt wird — wegen des dichten Nebels nur mit einer Geschwindigkeit von drei Knoten und ließ von Zeit zu Zeit ihre Sirenen ertönen. Auch von anderen Dampfern hörte man Nebelsignale. Eines dieser Signale ertlang plötzlich ganz in der Nähe, und im nächsten Augenblick erschien ein Dampfer vor uns, der uns in einem Winkel von 45 Grad entgegensteuerte. Waren wir einigermaßen schnell gefahren, so hätten wir den Dampfer in zwei Stünde geschnitten. Tatsächlich verließen wir ihn aber nur einen seitlich abgleitenden Stoß. Wir hielten uns zwei Stunden lang in der Nähe der Unfallstelle auf. Auf unsere Anfrage erhielten wir die Antwort: „Wir sind zwar beschädigt, brauchen aber keine Hilfe.“ Ich hatte bereits die Rettungsboote für den Notfall fertig machen lassen. — Kapitän Jiegenheim fügte hinzu, daß bei dem Zusammenstoß nur zwei Schrauben der „Bremen“ in Gang waren, während die beiden anderen bereit gehalten wurden, um im Notfall rückwärts zu geben.

Die Passagiere erzählten, daß der „British Grenadier“ ebenso schnell im Nebel verschwand, wie er erschienen war, daß man aber noch sehen konnte, wie er aus dem Hed frömte, und wie sich die Besatzung mit den Rettungsgürteln verhaft und die Hülsen von den Rettungsbooten nahm. — Infolge des Nebels und des Aufenthaltes an der Stelle des Zusammenstoßes hatte die „Bremen“ 6½ Stunden Verspätung.

Kleine Chronik

Der Beginn der Amerikafahrt des „Graf Zeppelin“ ist auf den 15. Mai verlegt worden. — Die Englandsfahrt erfolgt am Samstag, und zwar soll der Start morgens 5 Uhr erfolgen.

In Rudow an der Reichsgrenze Berlins stürzte heute, Freitag, vormittag, kurz vor 9 Uhr, ein Flamingoflugzeug der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt, das von Tempelhof nach Adlershof unterwegs war, aus geringer Höhe ab. Der Begleiter wurde schwer, der Pilot leichter verletzt.

In den Bioräumen eines Rechtsanwaltes in Charlottenburg erstach die 32 Jahre alte geschiedene Frau Marie Boemer ihren früheren Ehemann, den 38 Jahre alten Kunstmaler W. Boemer, der am Kurfürstendam 33 wohnte, und verletzte sich selbst tödlich durch einen Kopfschuß. Ihre Eifersucht hatte die Zerrüttung der Ehe herbeigeführt.

Auf der Straße zwischen Braunlage und Glend im Harz lief nachts ein Dirsch in ein Motorrad hinein, das infolge dessen umfuhrte. Während der Fahrer, ein Kellner aus Schierke, schwer verletzt wurde, war seine Begleiterin sofort tot.

In Nancy brannten die Warenlager einer Lebensmittelhandelsvereinigung nieder. Der Schaden wird auf acht Millionen Franken geschätzt.

Auf der Pariser Untergrundbahn fuhr infolge des Versagens eines Signals ein Zug auf einen haltenden Zug auf. Der Anprall war so heftig, daß etwa dreißig Personen verletzt wurden. Acht von ihnen schweben in Lebensgefahr.

In einer Fabrik in Lüttich explodierte am Donnerstag ein großer Behälter mit 50 Kubikmeter Ammoniak. Sieben Arbeiter wurden getötet.

Das britische Luftschiff „R 100“ erlitt am Donnerstag, als es aus der Halle herausgebracht wurde, eine leichte Beschädigung. Der geplante Flug nach Kanada, der für diesen Monat geplant war, erfährt durch diesen Unfall eine Verzögerung.

Ein großer Schwarm Peischrecken, der in Marokko Verheerungen angerichtet hat, ist über die Meerenge gekommen und hat sich in einem Teil von Gibraltar festgesetzt.

Die Ueberfremdung des städtischen Grundbesitzes

In der Inflationszeit sind sehr zahlreiche bewohnte Grundstücke in den Besitz von Ausländern gelangt. Obwohl inzwischen ein Teil dieser Grundstücke wieder an Inländer verkauft worden ist — wobei die ausländischen Eigentümer in der Regel erhebliche Gewinne erzielt haben —, ist auch heute noch die Ueberfremdung des städtischen Grund- und Hausbesitzes recht groß. Sie erstreckt sich allerdings im allgemeinen mehr auf den Grundbesitz in den Großstädten als auf den Kleinstädtischen. Innerhalb des Hausbesitzes in den Großstädten sind es wiederum überwiegend die wertvollsten Grundstücke, die in den Besitz von Ausländern gekommen sind. Diese Tatsache, die den hohen Anteil des Auslandsbesitzes am städtischen Grundeigentum besonders bedeutungsvoll erscheinen läßt, kommt natürlich in den reinen zahlenmäßigen statistischen Aufnahmen nicht genügend zum Ausdruck. Die Reichswohnungs- zählung von 1927 ermöglichte aber wenigstens eine genauere zahlenmäßige Erfassung des Umfangs der städtischen Bodenüberfremdung. Nach dieser Zählung standen in den Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern von insgesamt 2,3 Millionen bewohnten Grund- stücken insgesamt 241 000 oder 1,05 Prozent im Eigentum von Aus- ländern. Brennpunkte der Überfremdung des Grundbesitzes sind die Großstädte. Namentlich die Reichshauptstadt hat eine starke Anziehungskraft auf das ausländische Kapital ausgeübt, denn mindestens 7,5 Prozent der Berliner Grundstücke waren 1927 noch im Besitz von Ausländern, die diese zum weitesten Teil in der Inflationszeit erworben hatten. Von den einzelnen Nationen waren vor allem Amerikaner, Angehörige der Tschecho- slowakei, Polen, Österreicher, Schweizer, Holländer und Fran- zosen an dem Auslandsbesitz beteiligt. Außer in Berlin ist der ausländische Grundbesitz besonders groß in Wiesbaden, Aachen, Dresden, Breslau und München.

Der Rückstrom von Grundstücken in deutsche Hände war zwar ziemlich beträchtlich, beträgt aber immerhin bis jetzt höchstens ein Drittel der in ausländischen Besitz geratenen Grundstücke. Es ist freilich auch zu berücksichtigen, daß ein Teil der Ausländer, die deutschen Grundbesitz erworben, jetzt in Deutschland ihren Wohn- sitz haben und deshalb an ihrem Eigentum, im Gegensatz zu den meisten anderen Ausländern, dauernd interessiert sind. Anderer- seits darf man aber auch nicht außer Acht lassen, daß zweifellos unter den Anteilhabern von deutschen Grundstückegesellschaften, die deutschen Hausbesitz erworben haben, sich ebenfalls noch zahlreiche Ausländer befinden. Man wird daher den Anteil des Auslands- besitzes am deutschen städtischen Grundeigentum ruhig noch um 10 Prozent höher einschätzen können, als aus den obengenannten Formeln nicht in Frage.

Die Entwicklung der deutschen Lichtspieltheater

In den ersten neun Monaten des verfloffenen Jahres sind in Deutschland insgesamt 130 lange Spielfilme zur Vorfüh- rung zugelassen worden. Das bedeutet einen beträchtlichen Rückgang gegenüber dem Vorjahre, da im ganzen Jahr 1928 224 lange Spielfilme zugelassen wurden. Lehr-, Werbe- und Kulturfilme wurden in den ersten neun Monaten des Jahres 1929 insgesamt 1529 zugelassen, ferner drei kurze Spielfilme, sowie ein langer und 89 kurze Tonfilme. Nach Deutschland eingeführt wurden in dem gleichen Zeitraum 178 lange, 233 kurze Spielfilme, 102 Lehr-, Werbe- und Kulturfilme, sowie 17 lange und 26 kurze Tonfilme.

Die Zahl der deutschen Lichtspieltheater beträgt nach der neuesten Statistik 5267 mit insgesamt rund 1,87 Millionen Sitz- plätzen. Im Durchschnitt entfallen also auf jedes Lichtspieltheater 356 Sitzplätze. Für je 1000 Einwohner sind in Deutschland 30 Kinoplätze vorhanden. Die durchschnittliche Besucherzahl beträgt wöchentlich eine Million. Mehr als 1000 Sitzplätze ha- ten nur 138 deutsche Lichtspieltheater. Um einen Vergleich zu ermöglichen, sei erwähnt, daß in den Vereinigten Staaten 22 000 Lichtspieltheater mit 18,5 Millionen Sitzplätzen vorhan- den sind, und daß dort die durchschnittliche Besucherzahl wö- chentlich 10 Millionen beträgt. In England zählt man 4368 Lichtspieltheater, und auf je 1000 Einwohner entfallen 48 Kino- sitzplätze. In Frankreich wurden 8994 Lichtspieltheater gezählt, und auf je 1000 Einwohner kamen 49 Kinoplätze.

Verbot kommunistischer Kundgebungen in Hamburg. Nach- dem die Hamburger Polizei bereits eine für Mittwoch vom soq. Kampfausschuß gegen das Verbot des Rotfrontkampfer- bundes anberaumte Versammlung unterjagt hatte, hat sie nunmehr auch die für Freitag, den 25. d. M., angekündigten kom- munistischen Protestkundgebungen wegen der Vorgänge in Leip- zig verboten.

Die Hochzeitsfeier im Hause Mussolinis. In Rom fand am Donnerstag die Trauung der Tochter des Regierungschefs, Edda Mussolini, mit dem Sohne des Verkehrsministers, Graf Gale- azzo Crano di Cortellazzo, statt. Die italienischen Blätter wid- men dem Ereignis ausführliche, mit zahlreichen Bildern ge- schmückte Darstellungen.

Die 48. Tagung des Internationalen Arbeitsamtes ist in Paris eröffnet worden.

Badischer Teil

Vollversammlung

der Badischen Landwirtschaftskammer

Zu der heute beginnenden Vollversammlung der Badischen Landwirtschaftskammer liegt ein gedruckter Tätigkeitsbericht für das Jahr 1929 vor. Er verweist einleitend auf die Unsicherheit der Wirt- schaftslage, erinnert an die Denkschriften des badischen In- nenministers über die landwirtschaftliche Verschuldung und Bodenbesitzverhältnisse in Baden, sowie an die beiden Zoll- novellen um die Mitte und Wende des Jahres. Es habe sich gezeigt, daß der heutigen Krise nicht einseitig von außen entgegenzuwirken werden kann, sondern daß wirksame Maß- nahmen für den Absatz im Innern und starke Selbstbeschrän- kung der Landwirte notwendig seien. Die Forderungen nach Produktionsbeschränkungen auf zahlreichen Gebieten (Tabak, Hopfen, Zuckererbsen usw.) neben dem Verlangen nach einer möglichststen Einstellung des Roggenbaues in Baden würden mehr und mehr in den Vordergrund treten. Daneben spiele die Ausbildung der Absatzorganisation eine entscheidende Rolle.

Der Bericht hebt hervor, daß das erfreuliche Ereignis im Berichtsjahr im genossenschaftlichen Zusammenschluß liege, der es erhoffen lasse und auch ermögliche, daß große Auf- gaben nunmehr in ganz anderer Weise gelöst werden könn- ten. Der feste Wille aller Stellen, die mit der Pflege und Förderung der Landwirtschaft in Baden betraut sind, zu gemeinsamer Zusammenarbeit, werde wesentlich dazu bei- tragen können, der Notlage in der badischen Landwirtschaft zu steuern. Es sei nur zu hoffen, daß auch die einzelnen Landwirte mündem heute noch ungehört verhallenden Ruf und Mahnwort verantwortungsbewußter Führer Folge lei- sten. Der Bericht freit dann die Neuwahlen zur Kammer und verbindet damit den Dank an eine Anzahl verdienter langjähriger Mitglieder, die mit diesen Wahlen aus der Kammer ausschieden, darunter auch der langjährige Vizepräsi- dent und Staatsrat Josef Weinhardt. Füllendorf. Anstalt-

hend gebend der Bericht des Heimgangs des Freiherrn von Gleichenstein, Oberrotweil, der sich namentlich auf dem Ge- biete des Weinbaues große Verdienste für die badische Land- wirtschaft erworben hat.

Der Bericht verbreitet sich sodann ausführlich über die ein- zelnen Tätigkeitsgebiete der Landwirtschaftskammer. Der Ar- beitsnachweis wurde auch im Berichtsjahr wieder stark in Anspruch genommen. Als erfreulich wird die Tatsache fest- gestellt, daß die kleinen bäuerlichen Betriebe immer stärker in die Reihe der Mitglieder der Kontrollvereine eintreten, deren wir in Baden augenblicklich 16 mit 575 angeschlossenen Betrieben und 4173 kontrollierten Hufen zählen.

Das Jahr 1929 war für die gesamte Schweinezucht als all- gemein günstig zu bezeichnen. Im Betriebe befanden sich 66 Schweinezuchtstationen, 7 Schweinezuchtstammzuchten und 3 Schweinezuchtgenossenschaften. Die Nachfrage nach guten Zuchtieren war außerordentlich reger. Weniger günstig lagen die Verhältnisse für die Schaafzucht. Die Ziegenhaltung geht an- haltend zurück. In Baden bestehen 73 Ziegenzuchtgenossen- schaften mit zusammen 1446 Mitgliedern. Dagegen haben die Bestände an Geflügel im vergangenen Jahre wiederum in erfreulicher Weise zugenommen. Die Zählung vom 1. De- zember 1929 ergab einen Bestand von 2,9 Mill. Hühnern, hier von sind Legehühner 2,6 Mill. Die Vermehrung ist eine etwa 10prozentige, sie hält mit der Vermehrung im Reiche von 76 auf 83 Mill. Hühner Schritt.

Was den Weinbau anlangt, so standen die Absatzverhält- nisse und damit die Herbstpreise in keinem Zusammenhang zu dem vorzüglichen Weinangebot, wodurch die Lage des ba- dischen Weinbaues sich außerordentlich schwierig gestaltete. Trotz geringer Preise wurde nur ein Teil der Weinernte vom Handel und Wirtsgewerbe aufgenommen. Das Bestre- ben nach Zusammenschluß in Winzergenossenschaften trat daher in verschiedenen Gebieten des Landes stärker hervor.

Der Bericht der Landwirtschaftskammer schildert in weite- ren Abschnitten die außerordentlich ungünstige wirtschaftliche Entwicklung, die im Jahre 1929 der Pflanzen-, Tabak- und Hopfenbau genommen haben. Die Zahl der Tabakbauvereine hat sich von 62 auf 77 mit rund 3000 Mitgliedern und einer Anbaufläche von circa 1000 Hektar erhöht. Die Grünland- wirtschaft hatte empfindlich unter der anhaltenden Trocken- heit zu leiden; doch sind die Fortschritte in der Leistung der verbeserten Weiden nicht zu verkennen. Auf Jahresabschluss waren 77 Saatbanstellen vorhanden, von denen 48 Saatzen zur Anerkennung angemeldet haben. Im ganzen wurden im Berichtsjahre 771,04 Hektar Feld besätigt, von denen 601,49 Hektar endgültig anerkannt wurden.

Die ungünstigen Wirtschaftsbedingungen wirkten sich auch in den verschiedenen Arbeitsgebieten der badischen Pflanzen- züchtung fühlbar aus. Die Saatgutanstalt Kastatt hat wieder- um neben einer großen Anzahl von wissenschaftlichen Ver- suchen eine umfangreiche Aufzuchtungs- und Beratungstätig- keit durchgeführt. Die Nachfrage und Vermittlung von Ori- ginalsaatgut sowie Originalsaatartoffeln war eine sehr große. Von 46 Sorten Anbauversuchen gelangen 16 zum Abschluß. Neu eingeleitet wurden 10 Sortenversuche.

Im Rande Baden selbst wurde im Berichtsjahr in Gemein- schaft mit den bayerischen Verwaltungen eine Neurege- lung des Sortenverkehrs eingeleitet und zu diesem Zweck das Land in 9 Anbaugebiete eingeteilt. Im Winter 1929 schwebten Verhandlungen mit dem Ziele einer Verein- heiligung und Vereinfachung des ganzen Pflanzenforten- prüfungswesens. Zur Zeit sind 32 Versuchsringe an 80 Landwirtschaftsschulen des Landes abgeschlossen.

Die Landwirtschaftskammer hat im verfloffenen Jahre einen gut beachteten Beitrag für landwirtschaftliche Buch- führung veranlaßt und die Verarbeitung der Buchführungs- ergebnisse der vorhergehenden Jahre zu einer Wirtschaftsstatis- tik abgeschlossen. Im Vordergrund der Arbeiten der Steuerberatung stand die Behandlung von Steuerfällen als Auswirkung der Neufeststellung der Einheitswerte.

Der Bericht gibt dann einen Einblick in die Entwicklung der Berufs- und Lehrgüter der Landwirtschaftskammer und beschäftigt sich schließlich eingehend mit den Fragen des Obst- und Gemüsebaues. In der Organisation des Absatzes ist man einen wesentlichen Schritt vorwärts gekommen.

Das Reichsgesetz zum Schutze der Republik

Das Staatsministerium hat zur Ausführung des Reichs- gesetzes zum Schutze der Republik vom 25. März d. J. eine Verordnung erlassen, derzufolge der Minister des Innern als oberste Landesbehörde im Sinne des Gesetzes fungiert. Der Innenminister ist ermächtigt, die weiter in Betracht kommen- den Zuständigkeiten und das Verfahren bei Anordnungen auf Grund des Gesetzes, soweit erforderlich, besonders zu regeln.

Die Erhebung der Landes- und Ortskirchen- steuer für 1930

Durch eine Verordnung des Ministers des Kultus und Un- terrichts werden als Steuergrundlagen für das Kirchensteuer- jahr 1930 bestimmt:

I. bei den Lohnsteuerpflichtigen die für das Kalenderjahr 1930 festgestellte Einkommensteuer;

II. im übrigen: 1. für die Erhebung der Landeskirchensteuer bei der Einkommensteuer und bei der Grund- und Gewerbe- steuer die im Kirchensteuerjahr 1930 erfolgenden Arbeiterzah- lungen, 2. für die Erhebung der Ortskirchensteuer die Ar- beiterlohnbeiträge an Einkommen- und Körperschaftsteuer für 1930 zu Ende gehende Steuerabschnitte und die Grund- und Gewerbebesteueranlage für 1930;

III. bis zur Feststellung dieser Steuergrundlagen und Fertig- stellung der endgültigen Gebelissen gelten als vorläufige Steuergrundlagen für die Erhebung der Landes- und Orts- kirchensteuer im Kirchensteuerjahr 1930 die für das Kirchen- steuerjahr 1929 maßgebenden Steuergrundlagen.

Die Religionsgemeinschaften sind berechtigt, auf Grund der vorläufigen Steuergrundlagen Vorauszahlungen für das Kirchensteuerjahr 1930 zu erheben.

Ein interessanter Beitrag zur Brandseuche

Von zuständiger Stelle in Konstanz wird folgendes berichtet: In der Nacht vom 23. auf 24. September 1929 brannte das Anwesen des Landwirts Martin Red in Rippenhansen bei Immenstaad nieder. Red wurde unter dem Verdacht der Brandstiftung festgenommen und nahm sich in der Haft zwei Tage später im Gefühl seiner Schuld das Leben. Kurz darauf wurde sein Sohn Martin Red jun. unter dem Verdacht der Mittäterschaft festgenommen. Am 17. September 1929 verur- teilte ihn das Schwurgericht Konstanz, trotz seines hartnäckigen Leugnens wegen gemeinschaftlicher vorsätzlicher Brandstiftung zu vier Jahre Zuchthaus.

Nach bevor die von Red gegen das Urteil eingelegte Revision vom Reichsgericht entschieden war, stellte sich am 17. Januar 1930 der 16 Jahre alte Joseph Red, unehelicher Sohn einer Schwester des Verurteilten und behauptete, er habe das Haus angezündet. Er beschrieb genau die Art der Ausführung und gab an, schlechte Behandlung durch seinen verstorbenen Groß- vater, der sich im Gefängnis erhängt hatte, habe ihn zur Tat veranlaßt. Am 25. März ds. Jahres wurde die Revision des Verurteilten vom Reichsgericht verworfen. Alle Gebel wurden

von interessierter Seite in Bewegung gesetzt, um noch vor Einleitung eines Wiederaufnahmeverfahrens die Freilassung des Martin Red zu erwirken.

Da widerrief Joseph Red sein Geständnis. Martin Red hatte bei Besuchen seiner Frau und deren Schwester im Unter- suchungsgefängnis diesen in raffinierter Weise Briefe zuge- schickt, in denen er verlangte, der 16jährige Joseph solle die Schuld auf sich nehmen, damit er, Martin Red, auf freien Fuß läme und ihnen das Brandgeld ausbezahlt werde. Joseph Red hätte als Jugendlicher eine weit niedrigere Strafe erhalten. Schließlich legte Joseph Red ein Geständnis ab, wie er zu seiner Selbstbezichtigung gekommen sei. Martin Red und seine Angehörigen haben unter dem Druck der Beweislast schließlich ihre Wände eingetauscht.

Aus der Landeshauptstadt

Zum Gedächtnis der Großherzogin Luise fand am gestrigen Todestag in der Grabkapelle ein kurzer Gedächtnisgottesdienst statt, dem ein geladener Kreis anwohnte. In Vertretung des erkrankten Krälats D. Schmittbener hielt Kirchenrat Hin- denlang die Gedächtnisrede. In seiner Ansprache gedachte er auch der vor kurzem verstorbenen Königin Viktoria von Schweden. Viele Blumenpenden wurden am Sarkophag nieder- gelegt.

Sängerwettbewerb der Deutschen Lokomotivführer. In den Tagen vom 3. bis 5. Mai findet hier das 8. Lokomotivführer- sängerfest statt, zu dem bereits 45 Vereine mit rund 2000 Sängern aus ganz Deutschland angemeldet sind. Das Pro- gramm steht außer dem eigentlichen Wettsingen eine Kund- gebung für das deutsche Lied vor dem Schloß und Rahmenweise in der städtischen Festhalle vor. Staatspräsident Dr. Schmitt und Oberbürgermeister Dr. Huter haben ihre Teilnahme zu- gesagt und werden Begrüßungsansprachen halten.

Was der Zirkus Beng bringt. . . ! Am 26. April soll er beginnen und am 4. Mai soll er aufhören, der Jahrmart für Jung und Alt. Wieviel Kinderherzen waren mit Schmer- zen auf diesen Tag, denn der vorjährige Jahrmart ist noch in bester Erinnerung. Die feindliche Felleitung hat dieses Mal eine Fülle von Darbietungen im Programm aufgestellt. Als be- sonderes Anziehungsmittel ist dieses Mal der Zirkus Beng (4 Masten) gewonnen worden, der auch an den Nachmittagen, die bekanntlich unserer Jugend vorbehalten sind, zu sehen sein wird. Die Zirkusfelleitung hat die Durchführung der Kinder- nachmittage dem großen Kinderfreund, dem Onkel „Pelle“ über- tragen. Vor allen Dingen gehört einmal zu einem derartigen Fest ein Festzug der mit Festreitern eröffnet werden muß, und hierfür hat Onkel Pelle die dummen Auguste des Zirkus vor- gesehen. Ferner sind noch viele andere Überraschungen vor- gesehen, unter anderem werden auch nachmittags die Wunder- hunde vorgeführt. Es wechseln in bunter Reihenfolge ab: Akrobaten indische Gaukler, Equilibristen, Jongleure, Tänze usw. Besonderen Wert hat man auf Tierdressuren gelegt. Jeder Besucher wird bestimmt zu seiner Rechnung kommen.

Rheingolzbahn fährt ganzjährig bis Jülich. Der Rheingold- zug FFD. 102/101 wird vom 15. Mai 1930 ab ganzjährig bis Jülich verkehren, während der Flugzug nach Luzern wie bis- her nur vom 1. Juli bis 10./11. September gefahren werden soll.

Keine Dirtrad-Bahn. Da die oberste Motorradsporthörde über 1200 RM sogenannte Genehmigungs- und Lizenzgebühren verlangt, ist es dem Karlsruher Motorradfahrerverein nicht möglich, die im Stadion des FC. Rhönig geplante Motorrad- schenbahn zu bauen. Da auch die Bildpatentreuen nicht mehr stattfinden, so hat Karlsruhe keine Motorradrennen mehr.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte, Karls- ruhe. Das rasch wechselnde Wetter dauerte auch gestern an und brachte im ganzen Lande geringe Niederschläge. Dabei stiegen die Temperaturen durch Zufuhr warmer Luft an (Karlsruhe 4,4 Grad über normal). Im Gebirge ist die Schneeschmelze sehr rasch vorgeschritten (Zellberg: gestern 57 Zentimeter Schnee, heute lüdenhafte Schneedecke). Der tiefe Druck im Westen Europas füllt sich auf, zieht aber nach Osten weiter. An seiner Rückseite ist kühlere Luft nach Süden vorgedrungen, die jetzt den tiefen Druck nach Süden gelangen läßt. Wir werden morgen in den Bereich der Südwestströ- mung gelangen und etwas kühleres Wetter mit Regenfällen bekommen. Wetterausichten: Meist wolfig und etwas kühler, Gewitterregen, südwestliche vorübergehende Winde, Südbaden böhn.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	25. April		24. April	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	168.38	168.72	168.50	168.84
Kopenhagen 100 Kr.	112.08	112.30	112.08	112.30
Italien . . . 100 L.	21.955	21.995	21.955	21.995
London . . . 1 Pfd.	20.339	20.379	20.333	20.333
New York . . 1 D.	4.183	4.191	4.187	4.195
Paris . . . 100 Fr.	16.405	16.445	16.415	16.455
Schweiz . . . 100 Fr.	81.10	81.26	81.145	81.305
Wien . . . 100 Schilling	58.985	59.105	58.985	59.105
Wag. . . 100 Kr.	12.396	12.416	12.404	12.424

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 23. April hat sich in der dritten Aprilwoche der Umlauf an Reichsbanknoten um 198,8 Millionen auf 4 109,9 Millionen Reichsmark, der Umlauf an Rentenbanknoten um 16,5 Millionen auf 309 Mil- lionen Reichsmark verringert. Die Bestände an Gold und dedungs- fähigen Devisen haben sich um 4,4 Mill. auf 2911,9 Mill. Reichsmark erhöht. Im einzelnen haben die Gold- bestände um 6,9 Mill. auf 2557,1 Mill. Reichsmark zugenom- men, die Bestände an dedungs- fähigen Devisen um 2,5 Mill. auf 354,9 Mill. Reichsmark abgenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 59,2 Proz. in der Vorwoche auf 62,2 Proz., diejenige durch Gold und dedungs- fähige Devisen von 67,5 Proz. auf 70,9 Proz.

Palastcafé Mannheim bietet 100 Prozent. Der Gläubiger- ausschuss hat angesichts der günstigen Entwicklung des Unter- nehmens in den letzten Monaten zugestimmt, daß das gericht- liche Vergleichsverfahren eröffnet wird. Der Vorschlag des Schuldners Michael Geisel, des Inhabers der Anteile der Bavaria-Gaststätten G. m. b. H. geht lt. „M. N. L.“ dahin, den Gläubigern 100 Proz. ihrer Forderungen zuzusprechen, wobei allerdings sehr lange Zahlungsfristen gefordert werden.

Die Holzstoffabrik G. m. b. H. in Wertheim hatte unterm 16. April ihren Gläubigern mitgeteilt, daß sie sich vor Zah- lungsschwierigkeiten gestellt sehe. Die Bilanz auf 15. April 1930 weist einen Verlust von 41 254 M. aus. In einer am 22. April stattgefundenen Gläubigerversammlung wurde be- schlossen, der Firma eine zweiwöchige Frist zu gewähren, inner- halb deren sie ein Betriebskapital von mindestens 20 000 M. zu beschaffen hat. Dieses Kapital sowie alle in dieser Zeit eingehenden Gelder sollen dem Gläubigerausschuss zur Ver- fügung gestellt werden. Innerhalb der zweiwöchigen Frist darf kein Gläubiger Zwangsmaßnahmen ergreifen.

S. Fuchs Waggon AG, Heidelberg und Westwaggon. Die seit der letzten Konzentrationenmaßnahmen in der Waggonindustrie (Übernahme der Aktienmajorität von Gebr. Schöndorff durch die Linke-Hofmann-Wulfs-Werke AG.) in der Zwischenzeit zwischen den Ver. Westdeutschen Waggonfabriken in Köln und den Linke-Hofmann-Wulfs-Werken (Ostwaggon) in Berlin weitergeführten Verhandlungen, dürften, wie das „Heidelb. Tagblatt“ meldet, demnächst zum Abschluss kommen. Danach wird Westwaggon, das sich bisher im Besitz von Gebrüder Schöndorff befindende Werk Fuchswaggon in Heidelberg übernehmen gegen Abtretung des Schöndorff-Aktienpakets (circa 1 Million Reichsmark) an Ostwaggon. In der Zwischenzeit hat bereits eine Besichtigung des Heidelberger Werkes seitens Westwaggon stattgefunden, die — nach ihrem befriedigenden Ausfall zu urteilen — den Abschluss der Verhandlungen weiter beschleunigen wird. Die Einigung über das Heidelberger Werk, der jetzt nicht mehr im Wege steht, wird belanlich auch eine Verständigung über das Kölner Werk von Ostwaggon (Verbrandwerk) und des Düsseldorf Werkes von Westwaggon (Waggon Werke) nach sich ziehen, die beide stillgelegt und deren Reichsbahnquote von den Ver. Westdeutschen Waggonfabriken übernommen werden sollen.

Allgemeine Energieversorgung AG, Heidelberg. Die Heidelberger Tochtergesellschaft der Allg. Lokalbahn- und Kraft-AG, Berlin, die im Vorjahre 1929 die Gasfernversorgung Mittelbadens aufgenommen hat und sich zusammen mit der Stadt Freiburg i. Br. an der Gasfernversorgung Oberbaden G. m. b. H. beteiligte, zeigt in dem ersten Jahre, in dem eine Tätigkeit ausgeübt wurde, an Einnahmen 105 655 RM (i. V. Zinseneinnahmen 1985 RM). Andererseits beanspruchten Handlungsunkosten 66 222 (15 615), Steuern 4524 (1444) RM, so daß nach Abdeckung des Verlustvortrages von 15 074 RM ein Meingewinn von 19 885 RM verbleibt. Das Aktienkapital von 1,0 Mill. Reichsmark ist im Berichtsjahre voll bezahlt worden (i. V. nur 250 000 RM). Neben und 100 000 RM Reserve betragen die Kreditoren 745 805 (58 363) RM, worin allem Anschein nach die von der Muttergesellschaft gegebenen Darlehen enthalten sind. Auf der Aktivseite haben sich Effekten und Beteiligungen von 98 000 auf 320 000 RM erhöht neben 1 545 640 (295 289) RM Debitoren. An Stelle des aus dem Aufsichtsrat ausgeschiedenen Direktors August Dohmeier, Waben (Schweiz) wurde Justizrat Paul Noebler, Frankfurt a. M., neu in den Aufsichtsrat gewählt.

Oberbadische Milchzentrale Nabsitzell. Die dem Werk im Monat März gelieferte Milchmenge beträgt 951 292 Liter, ferner wurden geliefert 882,44 Zentner Butter in Rahmform und 18,81 Zentner Butter als solche selbst. Rechnet man die

Butter ebenfalls in Milch um, so beläuft sich die Gesamtmilchmenge auf 1 482 722 Liter, was einer Tageszufuhr von 46,217 Liter entspricht. Diese Menge ist somit unwesentlich kleiner als im Monat Februar, aber um nahezu 1000 Liter größer als im Monat Januar.

Vorübergehende Einfuhrgenehmigung für Schlachtvieh in die Schweiz. Mit Rücksicht auf das zur Zeit knappe Angebot an Schlachtvieh erteilt — wie aus Bern gemeldet wird — das Volkswirtschaftsdepartement vorübergehend und für kurze Zeit Bewilligungen für die Einfuhr eines bestimmten Kontingents von Schlachtochsen. Bis Mitte Mai können im Rahmen dieses Kontingents auch Schaffiere eingeführt werden.

Gemeinderundschau

Die Freiburger Voranschlagsberatung. Die Anfang des Monats abgebrochenen Voranschlagsberatungen werden nunmehr am Mittwoch, dem 30. April, beginnen. In der gleichen Sitzung soll noch über die Errichtung eines Musikseminars der Stadt Freiburg und über die Neuorganisation der Freiburger Milchversorgung Beschluß gefaßt werden.

Das Bauprogramm Billingen. Der Stadtrat Billingen hat beschlossen, für das Bauprogramm 1930 eine Summe in Höhe von 350 000 Reichsmark zur Verfügung zu stellen. Der Betrag wird hauptsächlich für Baudarlehen an die Baugenossenschaft und private Bauaufträge verwendet. Für den etwaigen Rest wird die Stadt im Eigenbau Wohnungen errichten.

Der Voranschlag des Kreises Lörrach für 1930/31, der vom Kreisrat genehmigt wurde, enthält an Ausgaben 1169 Millionen, denen insgesamt Einnahmen von 728 344 Reichsmark gegenüberstehen. Der ungedeckte Aufwand von 441 000 Reichsmark soll durch eine Umlage von 11 Reichspfennig auf das Grundvermögen, von 4,4 Reichspfennig auf das Betriebsvermögen und von 82,5 Reichspfennig auf den Gemeindefortschritt gedeckt werden.

Ausbau der Murgalstraße. Auf dem württembergischen Teil der Murgalstraße herrscht seit einigen Wochen wieder lebhafter Straßenbaubetrieb. Die Verbreiterung der Fahrbahn auf sechs Meter ist an den zwei Straßen in Angriff genommen, und es findet dort eine große Anzahl von Arbeitslosen auf Monate hinaus ihr Brot. Nach Vollendung dieser Arbeiten wird an der 21 Kilometer langen württembergischen Murgalstraße Freudenstadt-Schönmünzach, eine Strecke von rund 16 1/2 Kilometer Länge, in jeder Beziehung den Anforderungen des modernen Verkehrs angepaßt sein, und im nächsten Jahr soll der Rest mit etwa 5 Kilometer Länge an die Reihe kommen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Die Folgen des Schneeefalls in Oberbaden

OB. Oberweiler (bei Müllheim), 25. April. Die Wälder um den Hochblauen, mit die schönsten des Schwarzwaldes, haben unter dem schweren Schneefall der letzten Woche außerordentlich gelitten. Die Wälder bieten ein trostloses Bild der Verwüstung. Selbst alte und kräftige Stämme fielen dem Schnee- und Windbruch zum Opfer. Besonders groß ist der Schaden im Gebiete des Hochblauen, am hohen Eichweg und längs der Egertenstraße. Die Wälder der Gemeinde Müllheim haben etwa 2000 Festmeter verloren. Gleich groß ist der Bruch in den Müllheimer Staatswaldungen. Am stärksten betroffen wurde die Gemeinde Niederweiler. In ihrem Waldbesitz haben Schnee- und Windbruch über 8500 Festmeter gefaßt.

Das Badische Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 13 enthält Verordnungen des Staatsministeriums über die Ausführung des Reichsgesetzes zum Schutze der Republik, des Ministers des Kultus und Unterrichts über die Erhebung der Landes- und Kreissteuer für 1930.

*** Heidelberg, 24. April.** Fräulein Emma Billareth, Tochter des Professors Lic. Dr. Otto Billareth, ist dem „Heidelb. Tagbl.“ zufolge auf 1. Mai an die Probendirektion berufen worden. Sie wird als erster badischer weiblicher Stadtmusikant amtiert.

OB. Durlach, 25. April. In der Nacht auf Donnerstag wurde das Bismarckdenkmal vor der Festhalle auf gemeine Weise beschädigt. Das Relieffbild Bismarcks wurde mit Kleister zugeschnitten.

OB. Freiburg, 24. April. Am 25. April feiert der bekannte Schwarzwaldbauer und Sportmann Karl Hofmann, der in seinem Vaterhause am Fuße des Herzogenhaines wohnt, seinen 50. Geburtstag.

OB. Freiburg, 24. April. Am 1. Mai wird der planmäßige Luftverkehr Freiburg-Stuttgart wieder aufgenommen werden. Die Flugzeit Freiburg-Stuttgart beträgt 55 Minuten. Als Führer der Flugzeuge sind zwei bekannte Piloten verpflichtet.

OB. Landau, 25. April. Das französische Militärpolizeigericht wird am 7. Mai gegen eine Anzahl pfälzischer Nationalsozialisten wegen Verstoß gegen Ordonnanz der Rheinland-Kommission verhandeln. Es handelt sich um Vorfälle in Kaiserslautern, Lambrecht und Ludwigshafen. Angeklagt ist u. a. der derzeitige Schriftleiter des „Eisenhammer“, Rührig (Lambrecht).

Für die hl. Kommunion
empfehlen wir die Erzeugnisse unserer
Großbäckerei u. Konditorei:
Mürbe und süße **Kuchen, Torten,**
Kaffee-Brötchen, Kleingebäck!
Bestellungen bitten wir frühzeitig aufzugeben
Ferner empfehle wir unsere selbstgezogenen
Weiss- u. Rotweine
in allen Preislagen sowie Spirituosen jeder Art
Besonders beliebt sind unsere Sorten:

Alsterweiler Spielfeld einschließlich Flasche	RM. -70
Pfälzer Weiß- und Rotwein einschließlich Flasche	„ -80
Tischwein I (Weißkett) einschließlich Flasche	„ 1,00
Markgräfler, Augener und Laufener einschl. Flasche	„ 1,20
Deldesheimer Weißwein einschließlich Flasche	„ 1,25
Wachenheimer Heldenberg einschließlich Flasche	„ 1,30
Dirmsteiner einschließlich Flasche	„ 1,50
1928er Zeller schwarzer Herrgott einschl. Flasche	„ 1,50
Hardter Mandelring Riesling einschließlich Flasche	„ 1,80
Piesporter Güntherslay (Mosel) einschließlich Flasche	„ 1,80
Waldulmer und Affentaler Rotwein einschließlich Flasche	„ 1,80
1926er Dürkheimer Michelsberg einschl. Flasche	„ 2,50
1928er Dürkheimer Fronhof einschl. Flasche	„ 3,30
1925er Wachenheimer Fuchsmantel einschl. Flasche	„ 3,70

Die letztgenannten Sorten sind neu eingeführt und stellen einen hervorragenden Festwein dar.
Abgabe nur an Mitglieder.

Lebensbedürfnisverein

Leist Bücher,
Abissen gibt Macht!

Kerkstellung der Bau- und Straßen-
Ruchten für den Ostadteil in Karlsruhe und Rintheim.

Durch Bezirksratsentscheidung vom 13. Dezember 1929 wurden in teilweiser Abänderung der Entscheidung des Bezirksrats vom 4. Oktober 1926 gemäß §§ 3 und 5 des Ortsstraßengesetzes die Bau- und Straßenruchten für den Ostadteil in Karlsruhe und Rintheim nach dem Antrag des Stadtrats Karlsruhe vom 8. November 1928 und 10. Dezember 1929 nach Maßgabe der vorgelegten 2 Deckblätter zum Baufluchtplan vom 4. Februar 1928 für festgestellt erklärt. D.415

Das Nähere ergibt sich aus dem Plan, der nebst Angrenzungsverzeichnis 14 Tage lang, vom Tage der Bekanntmachung an auf der Kanzlei des Stadt. Tiefbauamts zur Einsicht aufsteht.

Karlsruhe, den 22. April 1930. D.3.20.
Badisches Bezirksamt — Abt. II.

Öffentl. Sparkasse der Gemeinde Graben
Geschäftsbericht für das Jahr 1929

Vermögen:	RM	Schulden:	RM
Gebäude	16 319,15	Spareinlagen	1 666 745,02
Hypotheken	864 070,—	Giroeinlagen	42 984,33
Staatspapiere	630,—	Aufwertungseinlagen	662 972,36
Darlehen an Gemeinden usw.	80 200,—	Sonderrücklage	15 000,—
Grundstücksaufgelde	66 090,—	Rücklagen früherer Jahre	119 357,76
Schuldenscheinanleihen	797 350,—	Reingewinn	35 004,33
Guthaben bei Girozentralen	34 134,60		
Guthaben beim Postsparkamt	36 353,44		
Aufwertungsfordernngen	254 153,27		
Einnahmerückstände	65 897,71		
Fehlbetrag zur Aufwertungsmaße	308 151,02		
Kassenvortrag	18 713,61		
Gerätschaften	1,—		
	2 542 063,80		2 542 063,80

Berechnung der Rücklage:

Rücklagen früherer Jahre	119 357,76 RM
Reingewinn für 1929	35 004,33 RM
Reinvermögen am 31. Dezember 1929	154 362,09 RM
Reservefonds = 8% von 1 709 729,35 RM	136 778,32 RM
Rest: verfügbarer Überschuß	17 583,77 RM

Graben, den 22. April 1930. D.410
Der Verwaltungsrat.

D.414. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Hans Behrle, Manufakturwarenverhand in Karlsruhe,** August-Dürft. 9, ist zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke und die Festsetzung der Vergütungen und Auslagen der Gläubigerausschlußmitglieder, sowie zur Festsetzung der Vergütung und Auslagen d. Verwalters und zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Schlußtermin bestimmt auf: **Freitag, den 23. Mai 1930, vorm. 11 Uhr,** vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, 3. St., Zimmer Nr. 252.

Karlsruhe, 22. April 1930.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 1

D.413. Karlsruhe. Das Konkursverfahren über das Nachlassvermögen des verstorbenen Kaufmanns **Hans Geweyer in Karlsruhe,** wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Karlsruhe 22. April 1930.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 5.

Rathausaal
Freitag, **25. April, 20 Uhr**
LIEDER-ABEND 328

Else Rijkens
(Don Haag)

Am Flügel: **Hans Scheuerman**
Lieder von Schubert, Hugo Wolf, Poulence, Lenormand, Graener

Karten zu 4, 3, 2 und 1 RM. bei
Kurt Neufeldt, Waldstr. 31 (rechte Saalh.)
u. bei **Schlaife Kaiserstr. 175** (linke Saalh.)

trag vom 8. April 1930-
Erzengenschaftsgemeinschaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 19. April 1930.
Amtsgericht Karlsruhe.

PORPHYRWERK
DOSENHEIM

HANS VATER
DOSENHEIM A. D. BRUNNEN

LIEFERT AUS SCHLOSS- u.
HECKENMARKBRUCH
ERSTKLASSIGES

STRASSENBAU-
MATERIAL

Badisches Landestheater
Samstag, 26. April
* C 23. Th.-Gem. 3. S. Or.
1. Hälfte
Othello
Von Shakespeare
Regie: v. d. Trend
Mitwirkende:
Bertram, Emardt, Janz, Dahlen, Gemmecke, Graf, Herz, Hiell, Höder, Hofmann, Jusi, Klobbe, Kühne, Müller, Krüter, Schulze, Grimm, G. Kienker, Luther, Seibert

Anfang 19¹/₂, Ende n. 22¹/₂,
Preise A (0,70—5,00 RM)

Sonntag, 27. April
Die Söldin
Im Konzerthaus:
Der Mann, der seinen Namen änderte
Montag, 28. April
Die Affäre Orefus
In der Festhalle:
6. Volksinfonkonzert